

# DOKUMENTATION UND ANALYSEN

## Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016: Es grünt so grün

Oscar W. Gabriel und Bernhard Kornelius

Am 13. März 2016 wurde der 16. Baden-Württembergische Landtag gewählt. Nach dem aufsehenerregenden Ausgang der Landtagswahl fünf Jahre zuvor – CDU, SPD und FDP einmalig schwach und Grüne einmalig stark, christdemokratischer Machtverlust in der einzig verbliebenen Hochburg im Westen sowie ein vollständiger Regierungswechsel mit den Novum einer grün-roten Koalition samt grünem Ministerpräsidenten<sup>1</sup> – endete diese Wahl erneut spektakulär: Bei einer ausgesprochen hohen Wahlbeteiligung wurden die Grünen mit hervorragendem Parteiansehen, viel Zustimmung zu ihrer Regierungsarbeit und ihrer hochintegrativen Führungsfigur *Winfried Kretschmann* als Spitzenkandidaten zum ersten Mal in einem Bundesland stärkste Partei. Damit beenden sie die systemtypische Doppelhegemonie von CDU beziehungsweise CSU und SPD in den Ländern<sup>2</sup>, die mit Ausnahme dreier Sonderfälle in den 1950er Jahren bislang alle anderen 215 Wahlen der letzten sieben Jahrzehnte auf dieser Parlamentsebene<sup>3</sup> gewonnen haben. Umgekehrt fielen CDU und SPD nach abermals heftigen Einbußen auf ihr jeweils schwächstes Ergebnis in Baden-Württemberg. Zusammengenommen gab es niemals zuvor bei einer Landtagswahl weniger Unterstützung für Christ- und Sozialdemokraten.

Wurde der Regierungswechsel im Jahr 2011 durch eine ausgeprägte Abwahlstimmung gegenüber der damaligen Landesregierung ermöglicht, hatten die Wahlberechtigten jetzt mehrheitlich für Kontinuität im Kabinett plädiert. Dass aber Deutschlands erste grün-rote Landesregierung<sup>4</sup> trotz einer – nach Ansicht der Wahlberechtigten<sup>5</sup> – kaum überzeugenden Opposition, guter eigener Bilanz und atypisch viel Politikvertrauen in grüne Sachkompetenzen keine zweite Chance bekam, lag neben der Rekordschwäche der SPD vor allem an einer sehr starken AfD. Diese bezog ihre Unterstützung in Baden-Württemberg<sup>6</sup> aus weiten Teilen der Bevölkerung und konnte bei einer von Flüchtlingen, Ausländern und Integration

- 1 Vgl. *Oscar W. Gabriel / Bernhard Kornelius*, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 784 – 804.
- 2 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. März 2016, Mannheim 2016, S. 12.
- 3 Vgl. dies., Wahlergebnisse in Deutschland 1946-2016, Mannheim 2016.
- 4 Vgl. insgesamt *Felix Hörisch / Stefan Wurster*, Das grün-rote Experiment – Eine Bilanz der Landesregierung Kretschmann, Wiesbaden (im Erscheinen).
- 5 Datenbasis hier und nachfolgend – wenn nicht explizit anders gekennzeichnet – Forschungsgruppe Wahlen e.V., Blitzumfrage zur Landtagswahl sowie Befragung am Wahltag in Baden-Württemberg 2016, Mannheim 2016.
- 6 Zur Sozialstruktur der AfD-Wähler bei der Bundestagswahl 2013, der Europawahl 2014 und allen Landtagswahlen seit 2014 vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 154-164, Mannheim 2014-2016; *Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter*, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 2, S. 267 – 284.

überlagerten Themenagenda auch zahlreiche ehemalige Nichtwähler mobilisieren. Bereits zuvor in fünf anderen Bundesländern sowie zeitgleich in Rheinland-Pfalz<sup>7</sup> und Sachsen-Anhalt<sup>8</sup> parlamentarisch erfolgreich, schaffte es mit der „Alternative für Deutschland“ erstmals seit den Republikanern in den 1990er Jahren wieder eine neue politische Kraft in den baden-württembergischen Landtag. Dort verfügen die klassisch-kleinen Koalitionsformate Schwarz-Gelb oder Rot-Grün beziehungsweise Grün-Rot nicht mehr über die zur Bildung einer Mehrheitsregierung erforderliche parlamentarische Basis. Selbst Christ- und Sozialdemokraten, die hier gemeinsam bei allen bisherigen Landtagswahlen im Schnitt mehr als drei Viertel der Stimmen erzielt hatten, verfehlten eine Mehrheit. In einem noch stärker fragmentierten Parlament mit zunächst fünf Fraktionen<sup>9</sup> formierte sich zum zweiten Mal in Folge eine unkonventionelle Machtkonstellation, in der die Grünen nun mit der CDU als Juniorpartner in einer großen Koalition der beiden mandatsstärksten Parteien regiert. Erstmals seit der 20-jährigen Phase der CDU-Alleinherrschaft in den 1970er und 1980er Jahren sitzen SPD und FDP wieder gemeinsam in der Opposition, die zusammen mit der AfD als stärkster Oppositionspartei einen heterogenen Gegenpart zur neuen grün-schwarzen Landesregierung darstellt.

### 1. Ausgangslage<sup>10</sup>

Schon kurze Zeit nach dem Wahltag im März 2011 hatten Umfragen gezeigt, dass die aus der Landtagswahl hervorgegangene neue parteipolitische Kräfteverteilung keine Eintagsfliege war. Nahezu während der gesamten Wahlperiode verfügten die Regierungsparteien gemeinsam über einen Vorsprung vor der Opposition. Erst das im Herbst 2015 einsetzende Erstarken der AfD erschütterte das bis dahin stabile politische Meinungsklima und deutete die Möglichkeit einer Ablösung der grün-roten Regierung bei der bevorstehenden Landtagswahl an.<sup>11</sup>

Offenbar war es der neu formierten Landesregierung gelungen, sich den Wählern als ernst zu nehmende Alternative zur langjährigen Regierungspartei CDU zu präsentieren. Der im November 2011 durchgeführte Volksentscheid über Stuttgart 21 hatte einen langjährigen landespolitischen Konflikt befriedet und bereits am Beginn der Wahlperiode eine mögliche Belastung der Regierungsarbeit aus dem Weg geräumt.<sup>12</sup> In der Gesamtbilanz schien die neue Landesregierung ihre Arbeit weitgehend zur Zufriedenheit der Wählerschaft zu erledigen. Umstrittene Entscheidungen, etwa in der Schulpolitik, bei der Polizeireform und bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald, taten ihrem Ansehen

7 Siehe den Beitrag von *Heiko Gothe* in diesem Heft der ZParl.

8 Siehe den Beitrag von *Everhard Holtmann* und *Kerstin Völkl* in diesem Heft der ZParl.

9 Nur knapp vier Monate nach der Landtagswahl ist nach einem heftigen Streit in der AfD-Fraktion über den Ausschluss eines Fraktionsmitgliedes wegen dessen Bemerkungen zum Holocaust eine Gruppe um den bisherigen Fraktionschef und Sprecher der Bundes-AfD, *Jörg Meuthen*, aus der AfD-Fraktion ausgetreten und strebte als „Alternative für Baden-Württemberg“ eigenen Fraktionsstatus an. Vgl. unter anderem *Josef Kelnberger*, AfD bricht auseinander, in: SZ online vom 5. Juli 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/baden-wuerttemberg-afd-bricht-auseinander-1.3064123> (Abruf am 14. Juli 2016).

10 Ein herzliches Dankeschön an *Luisa Schittny* für ihre Unterstützung bei der Recherche.

11 Vgl. die Ergebnisse der Sonntagsfrage, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm> (Abruf am 29. Juli 2016).

12 Vgl. *Oscar W. Gabriel* / *Bernhard Kornelius*, a.a.O. (Fn. 1).

offenbar keinen Abbruch.<sup>13</sup> Nicht zuletzt auf Grund der enormen Popularität von Ministerpräsident *Kretschmann* profitierten vornehmlich die Grünen von der günstigen Stimmungslage. Sie lagen in der Wählergunst stets vor ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner, dem es während der gesamten Wahlperiode nicht gelang, seine Regierungsarbeit in Wählerunterstützung umzumünzen.

Nach ihrer Wahlniederlage im März 2011 befand sich die CDU in einer schwierigen Position. Nach dem Rücktritt des abgewählten Ministerpräsidenten *Stefan Mappus* vom Parteivorstand übernahm der amtierende Generalsekretär der Partei, der Bundestagsabgeordnete *Thomas Strobl*, nach einer Kampfabstimmung gegen einen Kandidaten des konservativen Parteiflügels die Führung des Landesverbandes. Sein Bemühen, den Dauerkonflikt zwischen Konservativen und Liberalen zu befrieden und das liberale Profil des Landesverbandes zu stärken, war aber nur anfänglich von Erfolgen gekrönt. Die Grenzen dieser Strategie zeigten sich spätestens bei der am 5. Dezember 2014 durchgeführten Urabstimmung über die Spitzenkandidatur der CDU für die Landtagswahl im März 2016, in der *Strobl* überraschend deutlich dem Kandidaten des konservativen Parteiflügels, Landtagspräsident *Guido Wolf*, unterlag.<sup>14</sup>

Anders als im Vorfeld der Landtagswahl 2011 gab es bis zum Sommer 2015 keine hochkontroversen politischen Themen. Einem außerordentlich populären Ministerpräsidenten stand ein unbekannter Oppositionsführer und Spitzenkandidat der CDU gegenüber. Ungachtet eines vorübergehenden Vorsprungs der CDU in den Meinungsumfragen war im Lande keine ausgeprägte Wechselstimmung zu erkennen. Im Regierungslager bestand der Wunsch, die grün-rote Koalition nach der Landtagswahl 2016 fortzusetzen, und dies deckte sich mit den Präferenzen eines großen Teils der Wählerschaft.

## 2. Der Wahlkampf

Noch vor Beginn der heißen Wahlkampfphase löste die Flüchtlingskrise einen für den Ausgang der Landtagswahl im März 2016 folgenreichen Stimmungsumschwung aus. Mit der Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik gelangte ein Thema auf die landespolitische Agenda, das alle traditionellen Streitfragen, von der Wirtschaftspolitik, über die Bildungs- und Infrastrukturpolitik bis hin zur Inneren Sicherheit, in den Hintergrund schob beziehungsweise neu akzentuierte.<sup>15</sup> Dies traf in erster Linie die CDU, die mit ihren Wahlkampfthemen ebenso wenig zur Wählerschaft durchdrang wie mit ihrer Kritik an der Landesregierung. Zudem produzierte der unionsinterne Streit über die Flüchtlingspolitik für die CDU Baden-Württembergs einen kräftigen bundespolitischen Gegenwind. Profiteur dieser Veränderung des politischen Klimas war die AfD, die sich seit dem Herbst 2015 in einem Aufschwung in der Wählergunst befand.

13 Vgl. Infratest dimap, LänderTREND Baden-Württemberg März 2016, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2016/maerz/> (Abruf am 29. Juli 2016).

14 Vgl. „Wolf schlägt Bundes-Vize Strobl“, in: Zeit online vom 5. Dezember 2014, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/baden-wuerttemberg-cdu-mitgliederbefragung-guido-wolf-spitzenkandidatur> (Abruf am 30. Juli 2016).

15 Zur Relevanz von Agenda-Setting, Priming- und Framing-Strategien in der politischen Kommunikation vgl. unter anderem *Michael Jaeckel*, Medienwirkung kompakt. Einführung in ein dynamisches Forschungsfeld, Wiesbaden 2012, S. 65 ff.

Die für den Wahlkampf wichtigen Personal- und Sachentscheidungen waren von den im Landtag vertretenen Parteien überwiegend frühzeitig getroffen worden. Auf Seiten der Grünen bestand kein Zweifel an der Nominierung *Winfried Kretschmanns* zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Seine außergewöhnlich große Popularität bildete die Grundlage für einen hochgradig personalisierten Wahlkampf. Dies bedeutete ein Novum in der Wahlkampfführung der traditionellen Programmpartei und setzte die Kampagne der baden-württembergischen Grünen von der der Landesverbände in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab. Die erneute Nominierung von Wirtschafts- und Finanzminister *Nils Schmid* zum Spitzenkandidaten der SPD war zwar nicht von öffentlich ausgetragenen Kontroversen begleitet, jedoch gab es innerparteiliche Vorbehalte gegen *Schmid*s als unzulänglich empfundene persönliche Ausstrahlung. Er blieb stets im Schatten des Ministerpräsidenten und war im Wettbewerb um die politische Führungsrolle im Lande chancenlos.

Mit der Nominierung *Guido Wolfs* zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl hatte sich die CDU gleich in mehrerlei Hinsicht in eine personalpolitisch schwierige Ausgangslage manövriert. In der eigenen Partei war *Wolfs* Kandidatur umstritten, nicht allein wegen seines geringen Bekanntheitsgrades und seiner fehlenden landespolitischen Erfahrung. Als gravierendes Manko bewerteten Kritiker *Wolfs* geringe Attraktivität für das zahlenmäßig starke urbane Wählermilieu, in dem die CDU bereits 2011 schwere Einbrüche zu verzeichnen hatte. Von einer echten Wettbewerbssituation im Kampf um das Amt des Ministerpräsidenten konnte in der beschriebenen personalpolitischen Konstellation keine Rede sein.

Ihre Wahlprogramme verabschiedeten die im Landtag vertretenen Parteien zwischen Juni 2015 (FDP) und Januar 2016 (SPD). Während die CDU auf ihre früheren Leistungen als Regierungspartei verwies und die Themen Infrastruktur, Bildung, Familie und Innere Sicherheit in den Vordergrund stellte, akzentuierten die SPD und die Grünen die Themen Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur und Bürgerbeteiligung. Bei der SPD kamen die Familienpolitik sowie die Gerechtigkeit im Bildungssystem und Arbeitsleben als weitere Schwerpunkte hinzu, bei den Grünen die Energiewende. Anders als die Opposition, die die Präsentation ihrer eigenen Ziele mit einer gegen die vorherrschende Stimmungslage zielenden Kritik an den Schwächen der bisherigen Regierungsarbeit verbinden musste, konnten sich die Koalitionsparteien auf eine positive Bewertung der Regierungsarbeit durch die Wählerschaft stützen und profitierten zudem von der günstigen wirtschaftlichen Lage.

Die Wahlkampfstrategie der Grünen wies darüber hinaus auffällige Parallelen zu früheren CDU-Kampagnen auf. Dies galt nicht nur für die starke Personalisierung, sondern auch für das Ausmaß, in dem sie sich als Baden-Württemberg-Partei stilisierte: „Grün passt zu Baden-Württemberg. Wir regieren das Land verlässlich, verantwortungsvoll und erfolgreich. ... Wir setzen auf transparente Politik, auf Bürgerbeteiligung und eine engagierte Bürgerschaft, denn Ihre Stimme zählt. Deshalb am 13. März: Grün wählen für Kretschmann & Grün wählen für Baden-Württemberg.“<sup>16</sup>

Neben der CDU, den Grünen und der SPD konnten sich die FDP, die Linkspartei und die AfD Chancen auf einen Einzug in den Landtag ausrechnen. Zum Spitzenkandidaten bestimmte die FDP den Vorsitzenden der Landtagsfraktion *Hans Ulrich Rülke*. Programatisch setzten die Liberalen auf ihre traditionellen Schwerpunktthemen Bildung und

16 Auszug aus dem Kampagnentext der Grünen, siehe Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Wahlkampagnen zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2016, [http://www.landtagswahl-bw.de/wahlkampagnen\\_ttw16.html](http://www.landtagswahl-bw.de/wahlkampagnen_ttw16.html) (Abruf am 30. Juli 2016).

Wirtschaft. Die Linkspartei, als deren Spitzenkandidaten die Mannheimer Stadträtin *Gokay Akbulut* und der Bundesvorsitzende der Partei, *Bernd Riexinger*, antraten, stellte das Thema Soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Kampagne. Die AfD unter Führung ihres Ko-Bundesvorsitzenden *Jörg Meuthen* bestritt die Wahlkampagne nahezu ausschließlich mit der Forderung nach einer Beendigung des Zustroms von Flüchtlingen und einer globalen Kritik an politischen Fehlentwicklungen in Deutschland und Europa.<sup>17</sup>

In der Wahlkampagne spielten die in den Wahlprogrammen thematisierten Sachfragen eine untergeordnete Rolle. Noch deutlicher als fünf Jahre zuvor mit dem Ausstieg aus der Kernenergie schob sich mit der Flüchtlingspolitik ein Thema in den Vordergrund, das seinen Ursprung außerhalb der Landespolitik hatte. Dennoch dominierte es den Wahlkampf und schuf auf Grund der unterschiedlichen Positionen der Landesparteien eine höchst ungewöhnliche Wahlkampfkonstellation. Während die Grünen und die SPD die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der CDU-Kanzlerin unterstützten und die AfD sie vehement ablehnte, war die baden-württembergische CDU in dieser Frage gespalten. Einerseits legten ihr Spitzenkandidat *Wolf* und andere führende Landes- und Bundespolitiker aus Baden-Württemberg lauwarmer Bekenntnisse zu *Angela Merkel* ab. Andererseits gingen sie, abweichend von der in der CDU-Wählerschaft und großen Teilen der Mitgliedschaft vorherrschenden Stimmungslage, auf Distanz zur Politik der Kanzlerin. In zahlreichen Presseauftritten, auch in den Kandidatenduellen, empfahl *Wolf* die vorbildliche Flüchtlingspolitik des Freistaates Bayern als Modell für Baden-Württemberg. Höhepunkt der Auseinandersetzung über den Kurs der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage war ein gemeinsam von *Wolf* und der rheinland-pfälzischen CDU-Spitzenkandidatin *Claudia Klöckner* am 21. Februar 2016 präsentiertes Positionspapier. Wesentlich mehr Aufmerksamkeit als die im Papier enthaltene Reverenz an *Merkel* fanden in der Presse die zugleich erhobenen inhaltlichen Forderungen, die als Absetzungsbewegung von der Politik der Bundeskanzlerin interpretiert wurden. So titelte die Online-Ausgabe des SPIEGEL vom 21. Februar 2016: „Flüchtlingskrise: CDU-Wahlkämpfer wenden sich von Merkel ab“<sup>18</sup>. Im Zusammenspiel mit den ständigen Attacken des bayrischen Ministerpräsidenten *Horst Seehofer* verstärkte die *Wolf-Klöckner*-Initiative den in einem laufenden Wahlkampf kontraproduktiven Eindruck, die CDU sei in der Flüchtlingsfrage heillos zerstritten.

In den traditionellen TV-Duellen der Spitzenkandidaten *Kretschmann* und *Wolf* am 14. und 20. Januar 2016 spielte die Flüchtlingsfrage ebenfalls eine exponierte Rolle. Daneben nahmen die Bildungspolitik, die Innere Sicherheit und mögliche Koalitionen einen breiteren Raum ein. Die Stuttgarter Zeitung attestierte *Wolf*, im ersten Aufeinandertreffen den Ministerpräsidenten „mit Biss“ herausgefordert zu haben und sah *Kretschmann* dementsprechend in der Defensive.<sup>19</sup> Das zweite Duell am 20. Januar stufte sie als ausgeglichen ein.<sup>20</sup>

17 Vgl. unter anderem *Roland Muschel*, Die Krisengewinnler, in: Badische Zeitung vom 27. Februar 2016; *Barbara Roth*, Der Ritt auf der Flüchtlingswelle, in: Deutschlandfunk online vom 9. März 2016, [http://www.deutschlandfunk.de/afd-wahlkampf-in-baden-wuerttemberg-der-ritt-auf-der-1773.de.html?dram:article\\_id=347840](http://www.deutschlandfunk.de/afd-wahlkampf-in-baden-wuerttemberg-der-ritt-auf-der-1773.de.html?dram:article_id=347840) (Abruf am 1. August 2016).

18 *Philipp Wittrock*, Flüchtlingskrise: CDU-Wahlkämpfer wenden sich von Merkel ab, in: Spiegel online vom 21. Februar 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-julia-kloeckner-wendet-sich-von-angela-merkel-ab-a-1078524.html> (Abruf am 30. Juli 2016).

19 Vgl. *Renate Allgöwer*, Wolf zeigt Biss, in: Stuttgarter Zeitung online vom 14. Januar 2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.print.1d> (Abruf am 30. Juli 2016).

20 Vgl. „Einen klaren Sieger gibt es nicht“, in: Stuttgarter Zeitung online vom 21. Januar 2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.print.1d> (Abruf am 30. Juli 2016).

Von starken politischen Turbulenzen war die geplante Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten derjenigen Parteien begleitet, die sich Chancen auf einen Einzug in den Landtag ausrechnen konnten. Als Reaktion auf die vom SWR vorgesehene Mitwirkung der AfD lehnten die Spitzenkandidaten der SPD und der Grünen zunächst die Teilnahme an der Debatte ab, beteiligten sich aber zu guter Letzt doch an den beiden Diskussionsrunden. Die zweite Debatte beschrieb die SWR-Berichterstattung als „hitzig“ und charakterisierte deren Verlauf mit den Überschriften: „Streit über Flüchtlingspolitik“, „Fünf gegen Meuthen“, „Innere Sicherheit als nächster Aufreger“, „Gemeinschaftsschulen bleiben Zankapfel“ und „Keine Koalitionsaussagen“.<sup>21</sup>

### 3. Das Wahlergebnis

#### 3.1. Das Landesergebnis

*Tabelle 1: Ergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl vom 13. März 2016*

	Prozent	Differenz 2016 zu 2011	Anzahl	Differenz 2016 zu 2011	Sitze 2016 (gesamt 143)	Sitze 2011 (gesamt 138)
Wahlberechtigte			7.683.464	+60.591		
Wähler	70,4	+4,1	5.411.945	+360.004		
Ungültige Stimmen	0,9	-0,5	50.695	-17.527		
Gültige Stimmen	99,1	+0,5	5.361.250	+377.531		
Parteianteile						
CDU	27,0	-12,0	1.447.462	-496.450	42	60
Grüne	30,3	+6,1	1.623.107	+416.925	47	36
SPD	12,7	-10,4	679.727	-472.867	19	35
FDP	8,3	+3,0	445.498	+182.714	12	7
Die Linke	2,9	+0,1	156.240	+16.540	–	–
AfD	15,1	+15,1	809.564	+809.564	23	–
Sonstige	3,7	-1,9	199.652	-78.895	–	–

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2016; eigene Berechnungen.

Nachdem die CDU in den Umfragen<sup>22</sup> während der 15. Wahlperiode lange Zeit mehr oder weniger deutlich vor den Grünen lag, zeichneten die Demoskopien mit Näherrücken des Wahltermins ein zunehmend anderes Bild. Kurz vor der Abstimmung hatten die Institute die amtierende große Regierungspartei durchweg vor der großen christdemokratischen Traditionspartei verortet, und dennoch glich das Wahlergebnis einem Paukenschlag. Am Abend des 13. März konnten die Grünen mit einem Stimmenanteil von 30,3 Prozent nicht nur ihr bestes Resultat in einem Bundesland verbuchen, sondern wurden ausgerechnet dort

21 Hitzige „Elefantenrunde“ im SWR, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/diewahlbeiuns/bw/drei-tage-vor-der-wahl-in-bw-hitzige-elefantenrunde-im-swr/-/id=13075472/did=17045860/nid=13075472/7p5rhu/index.html> (Abruf am 30. Juli 2016).

22 Einen Überblick der Vorwählerhebungen mit methodischen Basisinformationen zu Stichprobengröße, Erhebungsinstrument, Auftraggeber, durchführendem Institut, Feldzeit und Zeitpunkt der Veröffentlichung gibt es auf [www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm) (Abruf am 11. Juli 2016).

erstmalig stärkste Partei, wo bis dato die CDU – meist überlegen – sämtliche Landtagswahlen gewonnen hatte. Nach dem historischen Regierungswechsel im Jahr 2011 war damit der Nachweis erbracht, dass sich die politischen Basisgewichte im Südwesten nicht nur temporär verschoben haben.

Für Christ- und Sozialdemokraten endete die Wahl dagegen in einem Fiasko: Die CDU war nach den proportional stärksten Verlusten einer Partei bei baden-württembergischen Landtagswahlen mit 27,0 Prozent auf ihr mit Abstand schlechtestes Landesergebnis eingebrochen. Für die SPD markierten extrem schwache 12,7 Prozent sogar die geringste Unterstützung bei einer Landtagswahl in einem westdeutschen Bundesland. Dass beide Parteien bei einer sichtbar gestiegenen Wahlbeteiligung jeweils fast eine halbe Million Wähler weniger auf der Habenseite hatten und beim Ergebnis jeweils rund 18 Prozentpunkte unter ihrem durchschnittlichen Zustimmungsniveau in Baden-Württemberg lagen, begründete sich zunächst mit einem Aktivierungsproblem beziehungsweise dem ungewöhnlich deutlichen Abrücken hochrelevanter Kernwählergruppen. Aufschlussreich bei dieser Wahlanalyse sind nämlich noch vor den unten beschriebenen mittel- und kurzfristig relevanten Bestimmungsgründen des Stimmverhaltens<sup>23</sup> aus den Bereichen Parteienimages, Regierungsqualität, Themen oder Personen die klassischen Parteibindungen, deren Entwicklung in Baden-Württemberg nur partiell den bekannten Mustern folgte: Zwar war die Verbundenheit mit Christ- und Sozialdemokraten im März 2016 nochmals etwas beziehungsweise deutlich schwächer ausgeprägt als vor der letzten Landtagswahl; doch konträr zum Basistrend rückläufiger Parteibindungen identifizierten sich inzwischen dreimal so viele Wahlberechtigte wie noch vor 15 Jahren grundsätzlich mit den Grünen. Gerade bei Wahlen zweiter Ordnung und bei ansonsten niedriger Wahlbeteiligung haben Parteibindungen den früher so genannten „Volksparteien“ meist einen erheblichen relativen Vorteil verschafft: Bei aller Volatilität sind es zunächst die entsprechend prädisponierten Anhänger, die mit ihrem besonders beständigen Teilnahme- und Abstimmungsverhalten ein solides Fundament bilden. So konnten Christ- beziehungsweise Sozialdemokraten 2006 und selbst 2011 immer noch rund drei Viertel beziehungsweise zwei Drittel ihrer langfristig gebundenen Anhänger überzeugen. Nun wollte jeweils nur noch etwa die Hälfte dieser eigentlich hochzuverlässigen Klientel ihre angestammte Partei auch wählen, während aus dem originär SPD-affinen Lager doppelt so viele Bürger wie 2011 die Grünen unterstützten und rund jeder siebte mit langfristiger CDU-Parteibindung die AfD.

Besonders prekär war für Christ- und Sozialdemokraten aber der offene Parteienwettbewerb insgesamt, der vor allem den zahlreichen ungebundenen Wählern am 13. März weit mehr als nur eine Alternative geboten hatte. Der CDU machten neben den üblichen konjunkturellen Austauschbeziehungen im bürgerlichen Lager einerseits unpräzise-pragmatische Grüne zu schaffen, die zunehmend erfolgreich die von den Christdemokraten für sich reklamierte politische Mitte besetzen. Andererseits hatte sie sich im rechten Spektrum

23 Die Analyse erfolgt modelltheoretisch orientiert am sozialpsychologischen Erklärungsansatz für Wahlverhalten, vgl. *Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes, The American Voter*, New York 1960; *Harald Schoen / Cornelia Weins, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten*, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005, S. 187 – 242; *Oscar W. Gabriel, Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs*, in: *ders. / Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 228 – 249.

mit der AfD auseinanderzusetzen, für die sich offensichtlich mit der Konzentration der CDU auf die ertragreichen mittig-entpolarisierten Wählermärkte Räume aufgetan haben.<sup>24</sup> Während sich die CDU in einem – was Konstellation und Intensität betrifft – völlig neuartigen Zangengriff befand, wurde die SPD von der spezifischen Parteiendiversität diesmal regelrecht zerrieben. Noch vor den alten und neuen politischen Gegnern waren Baden-Württembergs Sozialdemokraten von der bipolaren schwarz-grünen Konkurrenzsituation betroffen. Fast jede fünfte grüne Stimme ging auf das Konto letztmaliger SPD-Wähler, die fünf Jahre nach dem knappen Führungswechsel die neuerdings klare Rollenverteilung im grün-roten Lager mitverantwortet haben. Darüber hinaus machte den notorisch schwachen Sozialdemokraten – bei Wahlen in diesem Bundesland fast zweistellig unter dem Schnitt aller westdeutschen Bundesländer – neuerdings eine AfD zu schaffen, die unter anderem soziale und ökonomische Gerechtigkeitsthemen anspricht, und damit – genau wie seit Jahren die Linke – auch auf den SPD-Markenkern zielt. Unterm Strich rekrutierte die „Alternative für Deutschland“ aber auf breiter Front und erzielte aus dem Stand mit 15,1 Prozent der Stimmen ihr bis dato bestes Ergebnis in einem westdeutschen Bundesland. Nominell ebenfalls zu den Gewinnern der Wahl zählte auch die FDP, die sich nach ihrem Allzeittief 2011 jetzt deutlich auf 8,0 Prozent der Stimmen steigern konnte. Die Linke blieb mit 2,9 Prozent praktisch unverändert, alle sonstigen Parteien erzielten summarisch verschlechtert 3,7 Prozent, darunter mit 1,0 Prozent die AfD-Abspaltung ALFA.

Insgesamt haben knapp fünfseinhalb Millionen Menschen an der Landtagswahl teilgenommen. In absoluten Zahlen bedeutet dies für das Land einen Rekord und mit anteilig 70,4 Prozent eine im vereinten Deutschland weit überdurchschnittlich hohe Quote auf dieser Wahlebene. Nachdem bereits 2011 die Wahlbeteiligung bei echten inhaltlichen Alternativen, scharfer Polarisierung, der (Re-)Aktivierung klassischer Konfliktlinien und ausgeprägter Wechselstimmung zweistellig gestiegen war, war für das erneute Plus neben viel Interesse an der Entscheidung eine von der Flüchtlingskrise überlagerte Agenda mit einer spezifisch-emotionalen Protestdimension zu beachten, von der vor allem die AfD profitierte. Zwar war diese besonders erfolgreich im bürgerlich-konservativen Milieu. 31 Prozent ihrer Wähler hatten vor fünf Jahren CDU gewählt und vier Prozent FDP. Doch neben zusammen knapp einem weiteren Viertel, die ihr Kreuz damals bei SPD, Grünen oder Linken gemacht hatten, rekrutierte die AfD insbesondere bei konjunkturellen (Nicht-)Wählern<sup>25</sup>: Unter den restlichen 41 Prozent, die 2011 für keine der „etablierten“ Parteien gestimmt hatten, hatte ein Großteil beim letzten Mal überhaupt nicht gewählt.

### 3.2. Regionale Ergebnisse

Die starke Verschiebung der parteipolitischen Kräfteverteilung auf der Landesebene, insbesondere die Ablösung der CDU als führende politische Kraft im Lande durch die Grünen, war auf der Wahlkreisebene nicht weniger deutlich erkennbar. Da das baden-württembergi-

24 Vgl. unter anderem *Frank Decker*, AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte, in: APuZ, 65. Jg. (2015), H. 40, S. 27 – 37.

25 Partizipations- und Einstellungsmuster dieser hochvolatilen Gruppe unter anderem bei *Bernhard Kornelius / Dieter Roth*, Politische Partizipation in Deutschland, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Politische Partizipation in Deutschland, Gütersloh 2004, S. 32 ff.

sche Wahlrecht keine Differenzierung zwischen Personen- und Parteistimme vorsieht<sup>26</sup>, manifestierte sich die landesweite Stimmenverteilung im Kampf um die Direktmandate in einem Erdrutsch zu Gunsten der Grünen. Bereits bei der Landtagswahl 2011 war es der Partei erstmalig gelungen, das Direktmandat in neun der 14 großstädtischen Wahlkreise zu gewinnen. 2016 setzte sie ihren Siegeszug in den Großstädten fort und eroberte, von zwei Ausnahmen abgesehen, sämtliche großstädtischen Wahlkreise. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Grünen in den Wahlkreisen Stuttgart I (42,4 Prozent), Heidelberg (41,0 Prozent) und Freiburg II (40,5 Prozent).

Von ihren 60 im Jahr 2011 gewonnenen Direktmandaten konnte die CDU nur 22 halten, während die SPD ihr letztes Direktmandat (Mannheim I) an die AfD verlor. Diese nahm der CDU zudem in Pforzheim das Direktmandat ab. Die CDU schnitt in den Wahlkreisen Ehingen (36,3 Prozent), Biberach (35,9 Prozent) und im Main-Tauber-Kreis (35,4 Prozent) am besten ab. In Ehingen und Biberach hatte sie fünf Jahre zuvor noch absolute Mehrheiten erzielt, im Main-Tauber-Kreis diese nur knapp verfehlt. In vier Großstadtwahlkreisen (Mannheim I, Freiburg II, Stuttgart I und Heidelberg) blieb die CDU unter der Zwanzigprozentmarke. Mit 22,2 Prozent erzielte die SPD in Mannheim I ihr bestes Ergebnis, erhielt aber in acht Wahlkreisen weniger als zehn Prozent der Stimmen. Die FDP verbuchte in ihrer traditionellen Hochburg, dem Wahlkreis Freudenstadt, mit 13,5 Prozent ihr bestes Ergebnis. Die AfD erhielt in Pforzheim und Mannheim I mehr als 20 Prozent der Stimmen und schnitt in den Universitätsstädten besonders schlecht ab.<sup>27</sup>

Die Ergebnisse in den Wahlkreisen indizieren einen bemerkenswerten Wandel der parteipolitischen Kräfteverteilung in der baden-württembergischen Landespolitik. So gelang es den Grünen nicht allein, ihre Position als führende Großstadtpartei Baden-Württembergs auszubauen. Darüber hinaus verdrängten sie die CDU auch in den Randzonen der Großstädte aus der Position der stärksten Partei und erzielten sogar in einigen ländlichen Wahlkreisen spektakuläre Erfolge, zum Beispiel durch den Gewinn der Direktmandate in den ehemaligen CDU-Hochburgen Sigmaringen und Ravensburg. In der Region Stuttgart fielen mit zwei Ausnahmen (Backnang und Geislingen) sämtliche Direktmandate an die Grünen. Im Umland Freiburgs gelang ihnen dies ohne Ausnahme. Somit wurden die Grünen in der letzten Wahlperiode nicht allein zur führenden Kraft in der urbanen Wählerschaft; auch für die Bevölkerung ländlicher Regionen ist die Wahl dieser Partei zu einer Option geworden. Dem entsprechen die starken Verluste der CDU in den Kernzonen und an der Peripherie der großstädtischen Ballungszentren. Seit dem März 2016 entsendet keine Großstadt mehr einen direkt gewählten Abgeordneten der CDU in den 16. Baden-Württembergischen Landtag. Die SPD büßte ihren Status als Volkspartei ein und rangiert landesweit sowie in den meisten Wahlkreisen hinter der AfD. Deren Aufstieg in den traditionellen Arbeiterstädten Mannheim und Pforzheim unterstreicht diese Entwicklung und bestätigt die über den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und anderen europäischen Demokratien vorliegenden Erkenntnisse.<sup>28</sup>

26 Vgl. Oscar W. Gabriel / Jürgen Bauknecht, Wahlrecht, Wahlergebnisse und Wählerverhalten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, in: Siegfried Frech / Reinhold Weber / Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Handbuch Landespolitik, Stuttgart 2011, S. 118 – 141, S. 119 ff.

27 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Wahl zum 16. Landtag von Baden-Württemberg am 13. März 2016. Vorläufige Ergebnisse, in: Statistische Analysen, 1/2016, S. 36 ff.

28 Vgl. zum Beispiel Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter, a.a.O. (Fn. 6).

## 3.3. Das Wahlergebnis in den sozialen Gruppen

**Tabelle 2: Wahlentscheidung in den sozialen Gruppen bei der baden-württembergischen Landtagswahl vom 13. März 2016 (und Veränderungen zu 2011) (in Prozent)**

	CDU	Grüne	SPD	FDP	AfD	Sonstige
Gesamtergebnis	27,0	30,3	12,7	8,3	15,1	6,6
Alter						
18 bis 29 Jahre	25 (-8)	27 (+1)	12 (-9)	7 (+3)	16 (+16)	14 (-3)
30 bis 44 Jahre	27 (-7)	29 (-2)	9 (-10)	7 (+2)	19 (+19)	9 (-2)
45 bis 59 Jahre	23 (-9)	37 (+6)	11 (-12)	7 (+2)	16 (+16)	6 (-3)
60 Jahre und älter	32 (-18)	28 (+13)	16 (-10)	10 (+4)	11 (+11)	3 (-1)
Geschlecht						
Männer	26 (-12)	28 (+5)	12 (-11)	9 (+3)	18 (+18)	7 (-3)
Frauen	28 (-11)	34 (+7)	12 (-11)	8 (+3)	12 (+12)	6 (-1)
Schulbildung						
Hauptschulabschluss	29 (-17)	24 (+12)	16 (-11)	8 (+3)	16 (+16)	6 (-2)
Mittlere Reife	26 (-14)	28 (+4)	11 (-12)	9 (+4)	19 (+19)	7 (-2)
Hochschulreife	24 (-10)	34 (+3)	11 (-10)	8 (+3)	15 (+15)	8 (-2)
Hochschulabschluss	24 (-7)	38 (+2)	11 (-9)	10 (+3)	11 (+11)	6 (±0)
Konfession						
katholisch	34 (-14)	28 (+6)	11 (-8)	9 (+4)	13 (+13)	6 (-2)
evangelisch	25 (-11)	29 (+5)	14 (-12)	9 (+3)	16 (+16)	6 (-1)
keine	15 (-5)	37 (±0)	11 (-12)	9 (+3)	19 (+19)	10 (-5)
Kirchgangshäufigkeit						
jede Woche	54 (-10)	20 (+4)	9 (-5)	4 (+1)	9 (+9)	4 (±0)
ab und zu	32 (-15)	26 (+5)	13 (-10)	10 (+5)	15 (+15)	5 (±0)
selten, nie	23 (-11)	31 (+5)	14 (-11)	9 (+3)	16 (+16)	7 (-2)
Erwerbsstatus						
berufstätig	26 (-9)	33 (+4)	11 (-11)	7 (+2)	16 (+16)	7 (-3)
Rentner	32 (-17)	29 (+15)	16 (-11)	10 (+4)	11 (+11)	3 (-2)
arbeitslos	13 (-10)	36 (+9)	11 (-13)	6 (+3)	25 (+25)	9 (-13)
Berufsgruppe						
Arbeiter	27 (-14)	24 (+7)	14 (-13)	6 (+2)	22 (+22)	8 (-5)
Angestellte	25 (-11)	36 (+9)	13 (-11)	7 (+2)	13 (+13)	6 (-1)
Beamte	32 (-5)	33 (+5)	15 (-12)	9 (+4)	8 (+8)	4 (±0)
Selbstständige	32 (-12)	29 (+2)	9 (-4)	13 (+3)	12 (+12)	5 (-2)
Gewerkschaftsmitglied						
ja	21 (-8)	29 (+6)	21 (-14)	5 (+2)	16 (+16)	9 (-3)
nein	28 (-12)	33 (+8)	11 (-10)	8 (+3)	14 (+14)	6 (-2)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Befragung am Wahltag in Baden-Württemberg 13. März 2016.

Nach den weiter erheblichen regionalen Unterschieden – die maximalen Differenzen zwischen den Wahlkreisergebnissen betragen bei den Grünen über 22, bei der CDU knapp 20, bei der AfD über 17 und bei der SPD über 15 Prozentpunkte – sind einmal mehr auch in den sozialen Gruppen markante Unterschiede im Stimmverhalten aufgetreten. Diese folg-

ten keinesfalls durchweg bekannten Mustern entlang klassischer Konfliktlinien<sup>29</sup> und zeigten vor allem bei den altersspezifischen Entwicklungen einen Trend, der symbolisch ist für den Wandel der Grünen von einer von jüngeren Menschen getragenen urban-bildungsstarken Milieupartei zu einer – was ihre elektorale Performanz betrifft – universell-integrativen Großpartei: In der hochrelevanten, weil quantitativ größten und weiterhin partizipationsstärksten Gruppe der ab 60-jährigen Wählerinnen und Wähler erzielten die Grünen nach einem Plus von 13 Punkten nie dagewesene 28 Prozent der Stimmen. Damit sind sie in dieser Gruppe nun ähnlich stark wie bei allen unter 45-Jährigen, wo sie auf hohem Niveau stagnieren. Vor allem aber treffen die Grünen mit ihrem großen Erfolg in der Generation 60plus die CDU an ihrer empfindlichsten Stelle: Vor zehn Jahren hier noch zehnmal so stark und vor fünf Jahren dreimal so stark wie die Grünen, bricht die CDU genau in jenem Wählersegment um spektakuläre 18 Prozentpunkte ein, das über Jahrzehnte die christdemokratische Überlegenheit garantierte.

Ihr mit Abstand bestes Ergebnis verbuchten die Grünen mit 37 Prozent allerdings bei den 45- bis 59-Jährigen und ließen hier genau wie unter allen Frauen, allen Wählern mit höherem formalen Bildungsniveau, Berufstätigen oder evangelischen und konfessionslosen Wählern die CDU mehr oder weniger weit hinter sich. Klar stärkste Partei blieben die Christdemokraten praktisch nur noch unter regelmäßig praktizierenden Katholiken, deren Anteil an der gesamten Wählerschaft sich aber im letzten Vierteljahrhundert auf jeden zwanzigsten Wähler halbiert hat. In den Dimensionen fast identisch – und ebenfalls symptomatisch für den Bedeutungsverlust klassischer Koalitionen zwischen politischen Vorfeldorganisationen und ehemaligen „Volksparteien“ – verläuft der Schrumpfungsprozess und das verbliebene Gewicht bei den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern. Hier schaffte die SPD nach massiven Verlusten von 38 auf gerade einmal 19 Prozent zwar noch ein überdurchschnittliches Resultat, nicht aber den Stuserhalt als stärkste Partei. Die meisten Stimmen erhielt in dieser Gruppe die AfD, die außerdem unter Arbeitslosen, Konfessionslosen oder jüngeren Menschen mit niedriger Schulbildung überdurchschnittlich erfolgreich war. Bei den ab 60-jährigen Frauen mit acht Prozent vergleichsweise schwach, erzielte die AfD in dieser Altersgruppe bei Männern genau wie bei allen Wählern mit Abitur ein durchschnittliches Ergebnis. Bei allen unter 60-jährigen Männern lag sie sichtbar über ihrem Schnitt, speziell bei den 30- bis 44-jährigen Männern rangierte sie nur wenige Prozentpunkte hinter Grünen und Christdemokraten, bei allen unter 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife ließ die „Alternative für Deutschland“ alle anderen Parteien hinter sich.

### 3.4. Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses

Dass die Grünen die im baden-württembergischen Parteiensystem über Jahrzehnte prädominante CDU<sup>30</sup> ausgerechnet in ihrer südwestdeutschen Hochburg als stärkste Kraft ablösen

29 Vgl. unter anderem *Seymour M. Lipset / Stein Rokkan*, Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1 – 64; *Franz-Urban Pappi / Jens Brandenburg*, Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenzen in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62. Jg. (2010), H. 3, S. 459 – 483.

30 Vgl. *Ulrich Eith*, Baden-Württembergs Parteiensystem im Wandel, in: *Der Bürger im Staat*, 65. Jg. (2015), H. 4, S. 248 – 255.

konnten, war wie schon 2011 kein Betriebsunfall. Fünf Jahre zuvor hatten sie neben den beteiligungs- und ergebnisrelevanten Kontextfaktoren Atomausstieg oder Stuttgart 21 vor allem von hoher Unzufriedenheit mit der schwarz-gelben Landesregierung und einem extrem unpopulären Ministerpräsidenten profitiert. Diesmal basierte die Unterstützung sehr viel mehr auf eigenen Qualitäten. Noch vor *Kretschmann*, Kompetenzzuschreibungen oder Koalitionswünschen ist dabei ein massiv verbessertes und weitgehend entpolarisiertes Partei-Ansehen bemerkenswert, das inner- und außerhalb der Landesgrenzen einen Rekord markiert: Niemals wurde für eine Partei in Baden-Württemberg oder für die Grünen in einem anderen Bundesland höhere Reputation gemessen.<sup>31</sup> Verantwortlich für eine durchschnittliche Einstufung von 2,0 auf der +5/-5-Skala (sehr hohes bis sehr niedriges Ansehen) zeichnete neben überragenden Noten aus dem grün-roten Wählerlager eine neuerdings hohe Akzeptanz in der älteren Generation sowie eine vollständig veränderte Sichtweise CDU-naher Befragter: Diese bewerteten die Grünen als Partei nach einer distanzierteren beziehungsweise eindeutig negativen Einstufung im Jahr 2011 nun klar positiv, wenn auch – wie alle anderen Anhängergruppen – mit einer vielsagenden Abgrenzung in Richtung Berlin: Die Grünen, die für ihre eigenen Wähler noch stärker als für die Gesamtheit „in Baden-Württemberg für eine andere Politik als die Grünen im Bund“<sup>32</sup> standen, blieben imagebezogen als Bundespartei weit hinter ihrem hervorragenden Niveau als Partei in Baden-Württemberg zurück.

**Tabelle 3: Parteienimages in Baden-Württemberg und im Bund 2011 und 2016**

	2016		2011	
	im Land	im Bund	im Land	im Bund
CDU	0,7	1,3	0,6	0,8
Grüne	2,0	0,7	0,7	0,6
SPD	0,7	0,8	0,9	0,9
FDP	-0,2	-0,4	-0,7	-0,9
Die Linke	-2,1	-1,9	-2,7	-2,6
AfD	-3,0	*	*	*

Anmerkung: Mittelwerte +5/-5-Skala (sehr hohes bis sehr niedriges Ansehen). \* nicht erhoben.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Blitzumfrage zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016/2011, Mannheim 2016/2011.

Mitverantwortlich für den Ansehenswandel der Grünen im Land ist ganz offensichtlich der – nach Ansicht der Wahlberechtigten – eindrucksvoll erbrachte Nachweis von Regierungsfähigkeit, an dem unmittelbar vor dem Machtwechsel noch eine klare Mehrheit der Bürger grundsätzliche Zweifel hatte.<sup>33</sup> Nach Ende der fünf grün-roten Jahre lag die Zufriedenheit mit dem Kabinett klar über dem Schnitt der stets CDU-geführten Vorgängerregierungen im Langfristmittel. Im Detail war hierbei ein koalitionsinternes Gefälle symptomatisch für das unterschiedliche Abschneiden der 2011 beim Ergebnis noch fast gleichstarken Partner: In der Einzelkritik erhielten die Grünen die deutlich bessere Note als die SPD, deren Arbeit

31 Seit Beginn methodisch und inhaltlich vergleichbarer Erhebungen; vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 26-164, Mannheim 1981-2016.

32 Vgl. dies., a.a.O. (Fn. 5).

33 Unmittelbar vor der Landtagswahl 2011 hatten es nur 38 Prozent aller Wahlberechtigten den Grünen zugetraut, eine Landesregierung zu führen, 58 Prozent hatten das damals bezweifelt.

aber immer noch mehr Wertschätzung erfahren hatte als die der Oppositionsparteien. Mit einer schwachen Leistungsbilanz konnten sich CDU und FDP den Wählern qualitativ nicht als gouvernementale Alternative empfehlen, wofür neben überzeugender Arbeit auch eine Imagekorrektur nötig gewesen wäre.

Faktisch aber wurde die FDP bei der Außendarstellung erneut im negativen Skalenbereich verortet, und für die CDU war nach ihrem Reputationseinbruch vor fünf Jahren jetzt Stagnation zu verzeichnen, wobei die früher hochgeschätzten baden-württembergischen Christdemokraten jetzt klar hinter dem Ansehen ihrer Bundespartei zurückblieben. Besonders stark differenzierten hierbei die Grünen-Anhänger, die mit ihrer kritischen Sicht auf die CDU-Landespartei dem neuen Junior zumindest vor Beginn der Regierungspartnerschaft noch mit großen Vorbehalten begegneten. Im AfD-Lager wurde dagegen der Bundes-CDU noch deutlich weniger Achtung als der CDU im Land entgegengebracht – exemplarisch für die Wähler einer Partei, die bei hoher Unzufriedenheit mit dem Berliner Politikbetrieb und seinen Protagonisten ihr Votum weit überproportional häufig bundespolitisch begründet hatten.<sup>34</sup> Entgegen der Gesamtheit gab es unter den Unterstützern der „Alternative“ ausgesprochen viel Unmut gegenüber Bundesregierung und Bundeskanzlerin sowie eine stark abweichende Lagebewertung beim überragenden Thema: Während im Südwesten – übrigens deutlich optimistischer als republikweit – 68 Prozent aller Wahlberechtigten meinten, dass „Baden-Württemberg die vielen Flüchtlinge verkraften kann“, und hier 54 Prozent *Angela Merkels* Asyl- und Flüchtlingspolitik positiv sahen, waren unter AfD-Wählern mit Blick auf das Verkraften beziehungsweise den Kurs der Kanzlerin 73 Prozent beziehungsweise sogar 93 Prozent gegenteiliger Meinung.

Zwar besaß der für alle Bürger mit großem Abstand wichtigste Problembereich vor dieser Wahl, Flüchtlinge / Ausländer / Integration<sup>35</sup>, unter AfD-Wählern nochmals mehr Gewicht als in der Gesamtheit. Insgesamt spielten die Inhalte für den AfD-Erfolg jedoch eine eindeutig geringere Rolle als bei den zurückliegenden ostdeutschen Landtagswahlen oder bei der Europawahl 2014. Nur noch 43 Prozent wählten die AfD jetzt „wegen ihrer politischen Forderungen“, aber 55 Prozent als „Denkzettel für die anderen Parteien“, was einen weiteren zentralen Erfolgsfaktor offenbart: Einhergehend mit einer oft komplexitätsreduzierenden Ansprache latenter Zukunfts- und Statusängste<sup>36</sup> – weit überdurchschnittlich viele AfD-Wähler waren skeptisch bezüglich Baden-Württembergs Zukunftsfähigkeit und befürchteten für sich persönlich ökonomische Verschlechterungen – gelang die Mobilisierung durch Polarisierung, wofür man sich, mit Schützenhilfe aus der Bundespartei, einer besonders breiten Projektionsfläche bediente; denn neben Kampagnen-Klassikern „Massenzuwanderung“, „Asylmissbrauch“ oder „Multi-Kulti-Ideologie“<sup>37</sup>, die so oder so ähnlich

34 Ähnlich wie 2011 war für 55 Prozent der potenziellen Wähler die Landespolitik und für 42 Prozent die Bundespolitik bei der Entscheidung für eine Partei wichtiger. Unter AfD-Wählern überwogen dagegen für 69 Prozent die bundespolitischen und nur für 30 Prozent die landespolitischen Motive.

35 Bei der Frage nach den wichtigsten Problemen entfielen bei bis zu zwei möglichen Antworten 69 Prozent auf Flüchtlinge / Ausländer / Integration; dahinter rangierten auf der Themenagenda Schule / Bildung (27 Prozent), Verkehr / Straßenbau / Staus (elf Prozent), Umwelt / Energie (sieben Prozent) und Politik(er)verdruss (fünf Prozent).

36 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 2), S. 20 f.

37 Vgl. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> (Abruf am 11. Juli 2016), S. 18 f.

schon die Republikaner vor knapp einem Vierteljahrhundert bemüht hatten<sup>38</sup>, präsentierte sich die AfD als exklusive Anti-Establishment-Bewegung gegenüber einer „unheilvollen Koalition aus dem Kartell der Altparteien und Medien“, die „versucht, die Bevölkerung zu manipulieren“<sup>39</sup>. Klientelbezogen offenbar mit großem Erfolg: Für weniger als ein Viertel aller Wahlberechtigten, aber für 90 Prozent ihrer eigenen Wähler war die „AfD die einzige Partei, die die wichtigen Probleme beim Namen nennt“<sup>40</sup>. Nach typischen Mustern für Merkmale und Wahlerfolge (rechts-)populistischer Parteien<sup>41</sup> hat sich die AfD mit ihrem anti-elitären, institutionenkritischen und partiell moralisierenden Auftreten auch als Plattform und Sprachrohr einer vermeintlich ungehörten Bevölkerung positioniert und damit viel Protest, aber kaum Politikvertrauen kanalisiert. Zwar repräsentierte die AfD in Flüchtlings- und Asylfragen die politischen Vorstellungen ihrer meisten Anhänger. In anderen Politikfeldern wurde ihr dagegen selbst von den eigenen, politisch generell überdurchschnittlich stark interessierten Wählern extrem wenig zugetraut.

Die Grünen konnten dagegen bei den Kompetenzzuschreibungen in ungewohnter Breite punkten. Nach einem klaren Vertrauensplus in den Bereichen Bildung und Wirtschaft lagen sie hier jetzt nur noch acht beziehungsweise sechs Punkte hinter der CDU, die in ihrer klassischen Domäne der Wirtschaftspolitik ungewöhnlich schwach abschnitt, wohingegen die SPD in beiden Politikfeldern stark verlor. Energie- und verkehrspolitisch galten die Grünen mehr oder weniger deutlich als führend, und ganz allgemein, also ohne konkreten Themen- oder Ressortbezug, boten sie für eine knappe relative Mehrheit der Befragten am ehesten eine zukunftsfähige Politik für Baden-Württemberg. Dass sich aber – ganz anders als in dieser Phase im Bund – auch beim Top-Thema Flüchtlinge mehr Wahlberechtigte bei den Grünen als bei der CDU am besten aufgehoben fühlten, hatte neben programmatischen ganz offensichtlich auch personelle Gründe: Auf der einen Seite wurde, soweit wahrgenommen, das Abrücken *Guido Wolfs* von *Angela Merkels* Flüchtlingspolitik überwiegend kritisch gesehen, während die Kanzlerin als Person wie auch ihr Kurs in dieser Sache gerade in der baden-württembergischen CDU-Anhängerschaft hochgeschätzt beziehungsweise klar mitgetragen wurde. Und auf der anderen Seite hatten die Grünen mit *Winfried Kretschmann* einen Spitzenkandidaten, der die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin abweichend zum christdemokratischen Kandidaten als „alternativlos“<sup>42</sup>, und ein Scheitern Europas bei einer Nicht-Verständigung in der Flüchtlingskrise als „epochale Katastrophe“<sup>43</sup> bezeichnet hatte.

38 Vgl. *Roland Sturm*, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 5. April 1992: Rechtsruck oder Protestwahl?, in: ZParl, 23. Jg. (1992), H. 4, S. 622 – 639.

39 Landtagswahlprogramm, a.a.O. (Fn. 37), S. 19.

40 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., a.a.O. (Fn. 5).

41 Vgl. unter anderem *Marcel Lewandowsky* / *Heiko Giebler* / *Aiko Wagner*, Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: PVS, 57. Jg. (2016), H. 2, S. 247 – 275; *Karin Priester*, Wesensmerkmale des Populismus, in: APuZ, 62. Jg. (2012), H. 5/6, S. 3 – 9; *Cas Mudde*, Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?, New York 2012, S. 8 – 14.

42 Zitiert nach *Hannelore Croll*, Grüne machen im Südwesten Merkel-Wahlkampf, in: Die Welt online vom 15. Februar 2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article152223897/Grue-ne-machen-im-Suedwesten-Merkel-Wahlkampf.html> (Abruf am 11. Juli 2016).

43 Zitiert nach *Stephan Haselberger*, Kretschmann: Nur Merkel kann Europa zusammenhalten, in: Der Tagesspiegel online vom 31. Januar 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlingspolitik-kretschmann-nur-merkel-kann-europa-zusammenhalten/12901368.html> (Abruf am 11. Juli 2016).

Dass der Ministerpräsident weit über die klassischen Lagergrenzen hinaus bis tief in bürgerlich-konservative Wählerschichten hinein Zugkraft entwickelte, lag neben seinem Bekenntnis zur „erfahrenen Krisenmanagerin“<sup>44</sup> *Angela Merkel* oder seinem grundsätzlichen Ruf als „Realissimo“<sup>45</sup> – etwa wegen seiner bundes- und außenpolitischen Standpunkte – natürlich auch an der Gesamtbilanz im höchsten Regierungsamt: 84 Prozent aller Wahlberechtigten, darunter rund neun von zehn CDU- und FDP-Anhängern, attestierten ihm gute Arbeit. Damit erzielte *Kretschmann* nach nur einer Wahlperiode die höchste Zustimmungsrates eines Regierungschefs in einem westdeutschen Bundesland, was – maßgeblich unterstützt von überragenden Persönlichkeitswerten hinsichtlich Sympathie und Glaubwürdigkeit – letztendlich auch die außergewöhnliche Reputation des 67-jährigen Schwaben erklärt. Mit einem durchschnittlichen Imagewert von 2,7 auf der +5/-5-Skala war *Kretschmann* in Regionen vorgestoßen, die in den letzten knapp vier Jahrzehnten<sup>46</sup> weniger als eine Handvoll Ministerpräsidenten übertreffen konnten (1999 *Kurt Biedenkopf*: 3,4; 2001 *Kurt Beck*: 2,9; 2003 *Henning Scherf*: 2,9; 2009 *Matthias Platzeck*: 2,9). Grundvoraussetzung für solche Ausnahmewerte sind stets die Fähigkeit zur lagerübergreifenden Entpolarisierung und zur Integration praktisch aller sozialen und demographischen Bevölkerungsgruppen. *Kretschmann*, von älteren Menschen, Bürgern mit formal hohem Bildungsniveau und regelmäßig praktizierenden Katholiken nochmals weit überproportional hoch geschätzt, schaffte es sogar, von SPD- und CDU-Anhängern deutlich bessere Noten als der jeweils eigene Spitzenkandidat zu bekommen. Für dieses außergewöhnliche Phänomen war natürlich auch deren eigenes Standing verantwortlich: *Nils Schmid* blieb mit einem Durchschnittswert von 0,8 in der Gesamtheit blass, und *Guido Wolf* wurde mit 0,1 nur wenig besser als der massiv polarisierende Ex-Ministerpräsident *Stefan Mappus* im Jahr 2011 verortet – sowie annähernd zwei volle Skalenpunkte unter dem hohen Gesamtniveau früherer christdemokratischer Spitzenkandidaten.

**Tabelle 4: Gewünschte/r Ministerpräsident/in in Baden-Württemberg 1980 bis 2016 (in Prozent)**

	1980	1984	1988	1992	1996	2001	2006	2011*	2011*	2016
CDU-Kandidat	55	60	66	46	50	46	47	33	36	17
SPD-Kandidat/in	26	13	12	40	32	34	36	37		
Grüne-Kandidat									32	66

Anmerkung: Zu 100 fehlende Prozent: jeweils keinen davon/weiß nicht. Für die CDU *Lothar Späth* (1980, 1984, 1988), *Erwin Teufel* (1992, 1996, 2001), *Günther Oettinger* (2006), *Stefan Mappus* (2011), *Guido Wolf* (2016). Für die SPD *Erhard Eppler* (1980), *Ulrich Lang* (1984), *Dieter Spöri* (1988, 1992, 1996), *Ute Vogt* (2001, 2006), *Nils Schmid* (2011). Für die Grünen *Winfried Kretschmann* (2011, 2016).

\* Zwei verschiedene Konstellationen erfragt (*Mappus* vs. *Schmid* und *Mappus* vs. *Kretschmann*).

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Blitzumfragen zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 1980-2016, Mannheim.

Konträr zu 2011 war also ein geradezu idealtypischer Landesvater auf einen ausgesprochen schwachen Herausforderer getroffen, der in der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten so stark deklassiert wurde wie kein CDU-Herausforderer zuvor in einem west-

44 Ebenda.

45 *Stefan Hupka*, Die Spitzenkandidaten der Landtagswahl 2016 und ihre Parteien, in: *Der Bürger im Staat*, 65. Jg. (2015), H. 4, S. 256 – 261, S. 256.

46 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 31).

deutschen Flächenland: Letztendlich wollten nur 17 Prozent aller Wahlberechtigten *Guido Wolf* als zukünftigen Regierungschef. Insgesamt 66 Prozent, darunter sogar eine Mehrheit der CDU-Anhänger, favorisierten *Winfried Kretschmann* (keinen davon: sechs Prozent; weiß nicht: elf Prozent), der nach dem historischen Machtwechsel 2011 und dem ebenso historischen Wechsel der stärksten Partei 2016 zumindest noch eine Tradition aufrecht hielt: Flankiert wurden bedeutende Wahlsiege in Baden-Württemberg immer auch von starken Ministerpräsidenten.

#### 4. Regierungsbildung und Konstituierung der Opposition

Wie bei den zeitgleich stattfindenden Wahlen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ließ das Wahlergebnis in Baden-Württemberg keine einfache Regierungsbildung erwarten. Trotz des überragenden Abschneidens der Grünen verfehlte die grün-rote Koalition mit 66 von 143 Parlamentssitzen klar das Ziel, von der Wählerschaft erneut den Regierungsauftrag zu erhalten. Noch deutlicher scheiterten CDU und FDP mit ihrem Wunsch, die amtierende Regierung abzulösen. Gemeinsam verfügten beide Parteien nur über 54 Landtagsmandate und waren damit weit von einer parlamentarischen Mehrheit entfernt. Auf Grund des Absturzes der SPD und des Erfolges der AfD war keine der im Wahlkampf propagierten Koalitionsvarianten realisierbar, so dass sich die im Landtag vertretenen Parteien für die Regierungsbildung auf neue Konstellationen einstellen oder eine Neuwahl des Parlaments im Herbst in Kauf nehmen mussten.

Die Landesverfassung setzt für den Prozess der Regierungsbildung nämlich einen engen zeitlichen Rahmen. Nach Art. 47 muss die Regierung spätestens drei Monate nach der konstituierenden Sitzung des Landtages bestätigt sein, anderenfalls ist der Landtag aufgelöst. Da die konstituierende Sitzung des Landtages für den 11. Mai 2016 und die Wahl des Ministerpräsidenten für den 12. Mai vorgesehen waren, standen die Koalitionsverhandlungen unter einem gewissen Zeitdruck.

Abgesehen vom Wahlergebnis erschwerten parteiinterne Festlegungen und Konflikte die Regierungsbildung. Da die AfD für keine der anderen im Landtag vertretenen Parteien als Koalitionspartner in Frage kam, verengte sich das Spektrum der rechnerisch möglichen Koalitionen sehr bald auf drei Varianten: eine Ampel-Koalition aus Grünen, SPD und FDP, eine so genannte Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP und ein grün-schwarzes Bündnis. Für die Grünen als Wahlsieger und insbesondere für Ministerpräsident *Kretschmann* stand das Ziel im Vordergrund, eine stabile Regierung zu bilden; eine klare Präferenz für eine bestimmte Koalition gaben sie nicht zu erkennen.<sup>47</sup> Die CDU war in der Koalitionsfrage gespalten. Während der Landesvorsitzende *Strobl* ein Zusammengehen mit den Grünen präferierte, beanspruchte der wiedergewählte Fraktionsvorsitzende *Wolf* das Amt des Ministerpräsidenten für sich und seine Partei und sprach sich für eine Deutschland-Koalition aus.<sup>48</sup> Eine wichtige Rolle im Koalitionspoker kam der FDP und der SPD

47 „Grün-Schwarz einzige Koalitionsoption für Kretschmann“, in: Zeit online vom 15. März 2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/baden-wuerttemberg-winfried-kretschmann-fdp-ampel-koalition> (Abruf am 1. August 2016).

48 Vgl. *Ulrich Windolph*, Die CDU hat Angst vorm grünen Mann, in: Westfalen Blatt online vom 30. März 2016, <http://www.westfalen-blatt.de/Ueberregional/Meinung/2317178-Kommentar->

zu. Die FDP – vor allem deren Spitzenkandidat *Rülke* – hatte noch wenige Tage vor der Wahl kategorisch die Beteiligung an einer Ampelkoalition ausgeschlossen und für eine Deutschland-Koalition geworben.

Dementsprechend traten die Fraktionen des neu gewählten Landtages und die Parteigremien bereits in den ersten Tagen nach dem Wahlsonntag zusammen, um ihre Positionen zur Regierungsbildung festzulegen. Die Grünen als stärkste Partei sprachen Einladungen an die CDU, die SPD und die FDP aus, die CDU kündigte an, mit den Grünen, der SPD und der FDP in Gespräche eintreten zu wollen.<sup>49</sup> Trotz der auf den ersten Blick schwierigen Ausgangslage zeichnete sich bereits wenige Tage nach der Landtagswahl die Bildung einer grün-schwarzen Koalitionsregierung ab, denn am 20. März berichtete die Presse über Absagen der SPD an eine Deutschland-Koalition und die Weigerung der FDP, in eine Ampel-Koalition einzutreten.<sup>50</sup> Damit konnte nur die Bildung eines grün-schwarzen Bündnisses eine Neuwahl des Landtages verhindern.

Die Grünen und die CDU nahmen am 16. März ihre Sondierungsgespräche auf. Zwar gab es in beiden Parteien Vorbehalte gegen die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung, in der CDU wurden diese Differenzen allerdings deutlicher sichtbar und in der Öffentlichkeit stärker artikuliert. Dies war nicht allein inhaltlich bedingt, sondern zusätzlich dem Umstand geschuldet, dass es vielen Mitgliedern der CDU schwer fiel, die Rolle des Juniorpartners in einer von den Grünen geführten Koalition zu akzeptieren.<sup>51</sup> Ungeachtet dieser delikaten Gemengelage sprachen sich die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der CDU bereits nach drei Gesprächsrunden für den Eintritt in offizielle Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aus. Diese wurden bis Anfang Mai zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Nachdem die Parteitage der Grünen und der CDU am 7. Mai beziehungsweise am 6. Mai den Verhandlungsergebnissen mit breiter Mehrheit zugestimmt hatten, unterzeichneten die Verhandlungsführer beider Parteien am 9. Mai 2016 den Koalitionsvertrag und stellten damit die Weichen für die Bildung der ersten grün-schwarzen Landesregierung Deutschlands.<sup>52</sup>

Der mehr als 100 Seiten starke Koalitionsvertrag spiegelte das Selbstverständnis beider Parteien wider, in einer „Komplementärkoalition“ zusammenzuarbeiten. Einerseits hatten die künftigen Koalitionäre programmatische Schnittmengen als Basis einer gemeinsamen Regierungsarbeit gefunden, andererseits ihrem Partner aber zugleich Spielräume für eine Politikgestaltung im Sinne seiner parteispezifischen Markkerne gelassen. So hatte die Verhandlungsdelegation der Grünen erreicht, dass die von der grün-roten Vorgängerregierung

zur-Regierungsbildung-in-Baden-Wuerttemberg-Die-CDU-hat-Angst-vorm-gruenen-Mann (Abruf am 1. August 2016).

49 Vgl. „Kein Raum für Wunschbündnisse“, in: Stuttgarter Zeitung online vom 14. März 2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtagswahl-baden-wuerttemberg-kein-raum-fuer-wunschbuendnisse.5dcd26dd-f956-4d2c-83fc-58a2df028d82.html> (Abruf am 1. August 2016).

50 Vgl. „Wolf will trotz Widerstands Koalitionsgespräche führen“, in: Südkurier online vom 20. März 2016, <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/Wolf-will-trotz-Widerstands-Koalitions-gespraechе-fuehren;art417930,8603153> (Abruf am 1. August 2016).

51 Vgl. *Lisa Caspari*, Wir können alles außer Freundschaft, in: Zeit online vom 16. März 2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/gruen-schwarz-baden-wuerttemberg-inhalte> (Abruf am 1. August 2016).

52 Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg, Grün-schwarzer Koalitionsvertrag unterzeichnet, <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/gruen-schwarzer-koalitionsvertrag-unterzeichnet/> (Abruf am 1. August 2016).

vorgenommenen Weichenstellungen in der Schulpolitik nicht rückgängig gemacht wurden. Entsprechend konnte die CDU auf dem Gebiet der inneren Sicherheit unter anderem die Schaffung von 1.500 zusätzlichen Stellen im Polizeidienst durchsetzen. Die Forderung der Grünen, das Land dürfe beim Projekt Stuttgart 21 über den zugesagten Finanzierungsanteil keine weiteren Kosten übernehmen, fand ebenso Eingang in den Koalitionsvertrag wie der Wunsch der CDU nach zusätzlichen Investitionen in den Bau von Straßen und in die frühkindliche Erziehung. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik bestanden zwischen den künftigen Koalitionspartnern ohnehin keine tiefgreifenden Differenzen. In diesem Sinne enthält der Koalitionsvertrag ein Bekenntnis zur Schuldenbremse, die, über die bestehende Regelung hinausgehend, in der Landesverfassung verankert werden soll. Darüber hinaus strebt die neue Landesregierung im Einvernehmen beider Partner in der bevorstehenden Wahlperiode Fortschritte beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an. So würdigte Ministerpräsident *Kretschmann* den Koalitionsvertrag als gute Grundlage für ein „verlässliches Regieren“ und fügte hinzu: „Er ist besser, als ich es zu Beginn erwartet habe. Es ist mehr als der kleinste gemeinsame Nenner.“<sup>53</sup>

Die Vorstellung der neuen Landesregierung brachte einige Überraschungen (vgl. Tabelle 5). Bei der Nominierung der fünf von den Grünen zu stellenden Minister kamen drei bisherige Amtsinhaber zum Zuge: Wissenschaftsministerin *Theresia Bauer*, Umweltminister *Franz Untersteller* und Verkehrsminister *Winfried Herrmann*. Da der bisherige Landwirtschaftsminister *Alexander Bonde*, über dessen Berufung zum Finanzminister spekuliert worden war, während der noch laufenden Koalitionsverhandlungen aus privaten Gründen den Verzicht auf ein Ministeramt in der künftigen Landesregierung erklärt hatte, sollte das Finanzministerium an die bisherige Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Landtag, *Edith Sitzmann*, fallen. Als neuer Sozialminister wurde der sozialpolitische Sprecher der Grünen, *Manfred Lucha*, vorgeschlagen. In ihrem bisherigen Amt als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung sollte *Gisela Erler* verbleiben.

Auf Seiten der CDU war lediglich der Landesvorsitzende *Strobl* als Kandidat gesetzt. Ihm waren das Amt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und ein mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattetes Innenministerium zugeordnet. Die künftige Rolle von *Guido Wolf* war erneut umstritten. Hatte bereits sein erneuter Anspruch auf den Fraktionsvorsitz Kritik ausgelöst<sup>54</sup>, so gab es auch jetzt aus der CDU und den Wirtschaftsverbänden Einwände gegen die diskutierte Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch *Wolf*. Zur Überraschung der meisten Beobachter wurde die neu gewählte Landtagsabgeordnete *Nicole Hoffmeister-Kraut* als Wirtschaftsministerin nominiert, *Guido Wolf* erhielt das um den Bereich Europa angereicherte Justizministerium. Keine besondere Überraschung stellten die Namen der weiteren CDU-Minister dar. Die langjährige Schul- und Kulturbürgermeisterin der Landeshauptstadt, *Susanne Eisenmann*, wurde als Kultusministerin benannt, der ehemalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, *Peter Hauk*, zum Minister für den ländlichen Raum.

53 „Baden-Württemberg: Das ist der Koalitionsvertrag im Detail“, in: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag online vom 2. Mai 2016, <http://www.shz.de/deutschland-welt/politik/baden-wuerttemberg-das-ist-der-koalitionsvertrag-im-detail-id13592381.html> (Abruf am 1. August 2016).

54 Vgl. „Erst Wolf wählen, dann über Wolfs Desaster reden“, in: Die Welt online vom 15. März 2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article153334704/Erst-Wolf-waehlen-dann-ueber-Wolfs-Desaster-reden.html> (Abruf am 1. August 2016).

Noch vor der Bestellung des Ministerpräsidenten wählte der Landtag in seiner konstituierenden Sitzung am 11. Mai die Stuttgarter Grünen-Abgeordnete *Muhterem Aras* mit 96 von 143 Stimmen zu seiner Präsidentin und den CDU-Abgeordneten *Winfried Klenk* zum einzigen Vizepräsidenten.<sup>55</sup> Die ungewöhnlich hohe Zahl von Gegenstimmen gegen *Aras* setzte einen Kontrapunkt zum Bestreben der Regierungsparteien, mit der Wahl einer Politikerin mit Migrationshintergrund ein integrationspolitisches Zeichen zu setzen. Allerdings diente die Verringerung der Zahl der Vizepräsidenten dem Zweck, eine Vertretung der AfD in der Repräsentanz des Landtages zu verhindern.

Die am Tag nach der konstituierenden Sitzung des Landtages vorgenommene Wahl des Ministerpräsidenten verlief insofern nicht pannenfrei, als sechs Abgeordnete der Regierungskoalition *Winfried Kretschmann* die Stimme verweigerten. Dieses Ergebnis kam nicht ganz unerwartet, denn in der wenige Tage zuvor durchgeführten Probeabstimmung in der CDU-Fraktion hatte es bereits acht Gegenstimmen und fünf Enthaltungen gegeben.<sup>56</sup> Dennoch konnte sich der Kandidat der Regierungsparteien auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im ersten Wahlgang klar durchsetzen.

**Tabelle 5: Die neue Regierung des Landes Baden-Württemberg (Stand: Juli 2016)**

<i>Winfried Kretschmann</i>	Ministerpräsident	Die Grünen
<i>Thomas Strobl</i>	Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration	CDU
<i>Edith Sitzmann</i>	Ministerin für Finanzen	Die Grünen
<i>Susanne Eisenmann</i>	Ministerin für Kultus, Jugend und Sport	CDU
<i>Theresia Bauer</i>	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Die Grünen
<i>Franz Untersteller</i>	Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Die Grünen
<i>Nicole Hoffmeister-Kraut</i>	Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	CDU
<i>Manfred Lucha</i>	Minister für Soziales und Integration	Die Grünen
<i>Peter Hauk</i>	Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	CDU
<i>Guido Wolf</i>	Minister der Justiz und für Europa	CDU
<i>Winfried Hermann</i>	Minister für Verkehr	Die Grünen
<i>Gisela Erler</i>	Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung	Die Grünen

Quelle: Website des Staatsministeriums Baden-Württemberg, <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/landesregierung/mitglieder-der-landesregierung/> (Abruf am 31. Juli 2016).

Da die bisherigen Vorsitzenden der Fraktionen der Grünen und der CDU in die Regierung eingetreten waren, mussten deren Positionen neu besetzt werden. Die Grünen wählten ohne Gegenkandidaten den Abgeordneten des Wahlkreises Kirchheim, *Andreas Schwarz*, zu ihrem neuen Vorsitzenden. Bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden der CDU kam es zu einer Kampfabstimmung, in der sich zwei Mitglieder des ehemaligen Kabinetts *Mappus* gegenüberstanden; der frühere Europaminister *Wolfgang Reinhart* und der ehemalige Fi-

55 Vgl. *Christoph Titz*, Stuttgart: Landtag wählt Muhterem Aras zur Präsidentin, in: Spiegel online vom 11. Mai 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/muhterem-aras-muslimin-ist-baden-wuerttembergs-landtagspraesidentin-a-1091807.html> (Abruf am 1. August 2016).

56 Vgl. *Jan Friedmann*, Kretschmanns Wahl: Liebesentzug schon in Stunde null, in: Spiegel online vom 11. Mai 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/winfried-kretschmanns-wahl-liebesentzug-schon-in-stunde-null-a-1092014.html> (Abruf am 1. August 2016).

nanzminister *Willi Staechele*. Deutlicher als erwartet, mit 25 zu 17 Stimmen, setzte sich *Reinhardt* gegen *Staechele* durch.<sup>57</sup>

Die Neuformierung des Oppositionslagers vollzog sich unter unterschiedlichen Vorzeichen. Trotz der schweren Niederlage seiner Partei zeigte der SPD-Landesvorsitzende *Nils Schmid* zunächst keine Bereitschaft, von seinem Amt zurückzutreten. Erst mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung, im Juli 2016, kündigte er für den im Oktober 2016 bevorstehenden Landesparteitag seinen Rückzug vom Landesvorsitz an.<sup>58</sup> Als bisher einzige Bewerberin erklärte die Stellvertretende Vorsitzende des verdi-Landesverbandes *Leni Breymeier* ihre Bereitschaft zur Kandidatur.<sup>59</sup> Zu ihrem Vorsitzenden hatte die SPD-Fraktion bereits am 12. Mai den bisherigen Kultusminister *Andreas Stoch* gewählt.<sup>60</sup> Wenig überraschend erneuerte die FDP-Fraktion das Mandat ihres bisherigen Vorsitzenden *Hans-Ulrich Rülke*.

Den Vorsitz der AfD-Fraktion übernahm zunächst der Ko-Bundvorsitzende der Partei, *Jörg Meuthen*. Jedoch geriet die AfD als größte Oppositionsfraktion bereits kurze Zeit nach der Konstituierung des Landtages in schwere Turbulenzen. Den Anlass hierzu bildeten antisemitische Publikationen und Äußerungen des Landtagsabgeordneten *Wolfgang Gedeon*. Nachdem *Meuthens* Initiativen, *Gedeon* aus der Fraktion auszuschließen, nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hatten, verließ er mit zunächst zwölf Abgeordneten selbst die Fraktion und bildete unter der Bezeichnung „Alternative für Baden-Württemberg“ eine neue parlamentarische Gruppierung.<sup>61</sup> Der seit Monaten offen geführte Führungsstreit auf der Bundesebene der Partei dürfte den Konflikt im baden-württembergischen Landesverband angeheizt haben. Dies zeigte sich auch in dem letztlich erfolglosen Versuch von *Meuthens* Mitvorsitzender der Bundespartei, *Frauke Petri*, in das Krisenmanagement in Stuttgart einzugreifen. Mittlerweile bestätigte die Landtagspräsidentin auf der Grundlage eines in ihrem Auftrag erstellten Rechtsgutachtens den Status dieser Gruppierung als eigenständige Fraktion.<sup>62</sup>

## 5. Ausblick

Mit der Regierungserklärung am 30. Mai 2016 und der anschließenden Debatte fand die von einem Aufsehen erregenden Wahlausgang ausgelöste Formierung von Regierung und Opposition einen vorläufigen Abschluss. Der Prozess der Ablösung der CDU als baden-

57 Vgl. *Andrea Schindler*, Ortenauer Stächele verliert Wahl zum CDU-Fraktionschef, in: Hitradio Ohr vom 10. Mai 2016, <http://www.hitradio-ohr.de/artikel/ortenaer-staechele-verliert-wahl-zum-cdu-fraktionschef> (Abruf am 1. August 2016).

58 Vgl. „Rückzug vom Posten des SPD-Landeschefs“, in: Stuttgarter Zeitung online vom 4. Juni 2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nils-schmid-spd-landeschef-will-rueckzug-ankuen-digen.731b3c7d-e771-4783-9f0a-2e1c84b2bf0b.html> (Abruf am 1. August 2016).

59 Vgl. „Nachfolge von Schmidt: Leni Breymaier will SPD führen“, in: Badische Zeitung online vom 13. Juni 2016, <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/nachfolge-von-schmidt-leni-breymaier-will-spd-fuehren--123030375.html> (Abruf am 1. August 2016).

60 Vgl. „Erneuerung in der SPD ja – aber wie?“, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/stoch-zum-spd-fraktionschef-in-bw-gewaehlt-erneuerung-in-der-spd-ja-aber-wie/-/id=1622/did=17255640/nid=1622/1xkwlxz/> (Abruf am 1. August 2016).

61 Vgl. *Josef Kelnberger*, a.a.O. (Fn. 9).

62 Vgl. „Alternative zur AfD als Fraktion zugelassen“, in: FAZ online vom 26. Juli 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alternative-fuer-baden-wuerttemberg-als-fraktion-zugelassen-14359140.html> (Abruf am 1. August 2016).

württembergische Staatspartei, der mit der Landtagswahl 2011 und dem Amtsantritt der grün-roten Koalition begonnen hatte, erreichte fünf Jahre später eine neue Stufe. Die Grünen wurden zur führenden landespolitischen Kraft, gewannen die meisten Direktmandate und drangen in Wählergruppen vor, die über Jahrzehnte hinweg als uneinnehmbare CDU-Bastionen gegolten hatten. Damit widerlegte der Ausgang der Landtagswahl 2016 alle, die das Wahlergebnis des Jahres 2011 als einen durch besondere politische Bedingungen ausgelösten politischen Betriebsunfall eingeschätzt hatten.

Über die Frage, ob die neue Machtverteilung zwischen den Grünen und der CDU von Dauer sein wird, kann man allerdings nur spekulieren. In Baden-Württemberg handelt es sich – wie andernorts – um eine hochgradig volatile Wählerschaft. Keine politische Partei kann damit rechnen, durch die Mobilisierung ihrer Kernwählerschaft auch nur in die Nähe der absoluten Mehrheit zu kommen. Ein großer Teil der Wähler macht die Stimmabgabe von dem jeweiligen aktuellen personellen und programmatischen Angebot der Parteien abhängig und entscheidet sich für die in dieser Hinsicht überzeugendere Alternative. Diese Faktoren begünstigten bei der Landtagswahl 2016 die Grünen und die AfD und sprachen gegen eine Wahl der CDU und der SPD. Der Erfolg der Grünen war in erster Linie der überragenden Popularität des von ihnen gestellten Ministerpräsidenten geschuldet, aber auch die positive Bewertung der Regierungsarbeit und das ungewohnt geschlossene Auftreten der Partei trugen ihren Teil zum Wahlerfolg bei. Die AfD profitierte von der Flüchtlingskrise und schaffte es darüber hinaus, durch eine platte „Die da Oben – Wir da Unten“-Kampagne einen großen Teil der Modernisierungsverlierer und Wutbürger zu mobilisieren und sich erfolgreich der autoritär-nationalistischen Wählergruppe anzudienen, die sich in der modernisierten *Merkel*-CDU nicht mehr heimisch fühlte. Vor diesem Hintergrund betrachtet, liegt die Annahme nahe, dass der Grünen- wie der AfD-Erfolg nicht zur Gänze, aber zu einem erheblichen Teil, auf kurzfristig wirksame Faktoren zurückzuführen war, die bei künftigen Landtagswahlen vermutlich nicht mehr vorhanden sein werden. Auf lange Sicht wird die landespolitische Stärke der Grünen nicht zuletzt davon abhängen, wie lange *Winfried Kretschmann* im Amt des Ministerpräsidenten verbleibt, wer ihm nachfolgt und welches Format und Profil die künftigen Spitzenkandidaten der Grünen und der CDU aufweisen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung im Bund und in anderen Bundesländern wäre es voreilig, den Absturz der CDU und der SPD als unumkehrbar darzustellen. Nur zweieinhalb Jahre vor der Landtagswahl hatte die CDU bei der Bundestagswahl 2013 in Baden-Württemberg mit 2,5 Millionen Zweitstimmen um 1,1 Millionen über ihrem Landtagswahlergebnis von 2016 gelegen, auch dies auf Grund einer günstigen Konfiguration von Kurzzeitfaktoren. Ungeachtet ihres schwachen Abschneidens hatte auch die SPD bei der Bundestagswahl fast doppelt so viele Zweitstimmen auf sich vereinigt wie bei der darauffolgenden Landtagswahl. Allerdings steht in einigen Bundesländern, so auch in Baden-Württemberg, das Selbstverständnis der SPD als Volkspartei auf dem Spiel. Nach Bayern, Thüringen und Sachsen sind die Sozialdemokraten nun auch im Südwesten weit unterhalb der Zwanzigprozentmarke angekommen und wurden bei der Landtagswahl von weniger Wählern unterstützt als die AfD. Dies verleiht der notorischen Schwäche der baden-württembergischen Sozialdemokraten eine neue Dimension.

Ein gutes Jahr vor der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag geben der Ausgang der Wahl und die folgende Regierungsbildung Anlass zu mancherlei Spekulationen. Außer in Hessen amtiert nunmehr in einem weiteren wichtigen Flächenstaat eine Koalition aus CDU und

Grünen, und dies nach einem zügigen und reibungslosen Verhandlungsprozess. Anders als bei der Bildung rot-grüner oder grün-roter Koalitionen verzichteten beide Parteien darauf, ihre Kooperation zu einem langfristig angelegten politischen Projekt zu überhöhen. Dies kann Gedankenspiele über die bundespolitischen Perspektiven einer schwarz-grünen Koalition allerdings nicht verhindern, so verfrüht sie sein mögen und so sehr man in derartige Überlegungen die CSU einbeziehen muss. Dass sowohl die CDU als auch die Grünen derzeit an einer Erweiterung ihrer bisherigen Koalitionsoptionen interessiert sein dürften und dass die Verhältnisse nach der Neuwahl des Bundestages das Erproben neuer Koalitionsmodelle erzwingen könnten, gehört jedoch zu den Kernbotschaften der drei Wahlen des Frühjahres 2016.

## 6. Zusammenfassung

- (1) Bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 13. März 2016 gelang es den Grünen, ihren fünf Jahre zuvor erzielten Erfolg nicht nur zu wiederholen, sondern auszubauen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ging die Partei als stärkste politische Kraft aus einer Landtagswahl hervor und gewann die meisten Direktmandate. Neben den Grünen erzielte die AfD einen großen Wahlerfolg. Sie wurde aus dem Stand drittstärkste Partei im Landtag und sicherte sich zwei Direktmandate. Die CDU und die SPD mussten bei schweren Stimmeneinbußen die schlechtesten Wahlergebnisse in Baden-Württemberg hinnehmen und erreichten nicht einmal gemeinsam eine regierungsfähige Mehrheit. Nach ihrer schweren Niederlage im Jahr 2011 gelang es der FDP, ihre Position wieder zu stabilisieren.
- (2) Die für das Wahlergebnis maßgeblichen Faktoren waren die außerordentlich hohe Popularität des von den Grünen gestellten Ministerpräsidenten *Winfried Kretschmann*, die Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik und die insgesamt positive Bewertung der Arbeit der Landesregierung durch die Wählerschaft. Die SPD war nicht dazu in der Lage, von der für die Regierung günstigen Stimmungslage zu profitieren. Den Spitzenkandidaten der CDU schätzten die Wähler nicht als überzeugende Alternative zum Ministerpräsidenten ein, und in der wichtigsten Sachfrage, der Flüchtlingspolitik, wurde die größte Oppositionspartei als zerstritten wahrgenommen. Der Erfolg der AfD war in erster Linie der Agitation der Partei gegen die Flüchtlingspolitik und gegen die „politische Klasse“ geschuldet.
- (3) Da die grün-rote Regierung abgewählt wurde und auch ein Bündnis aus CDU und FDP weit von einer parlamentarischen Mehrheit entfernt war, konnten die bewährten und politisch gewünschten Koalitionsmodelle nicht realisiert werden. Auf Grund der Weigerung der SPD und der FDP, in Dreierbündnisse einzutreten, verengten sich die Alternativen für eine Regierungsbildung relativ rasch auf eine grün-schwarze Koalition. Nach zügigen Koalitionsverhandlungen trat die neue Regierung am 12. Mai 2016 ihr Amt an.